

Chronologie

Januar / Februar 2009*

Januar

1.1. Staatspräsident Nicolas Sarkozy trifft in Paris mit der israelischen Außenministerin Zipi Livni zusammen. Angesichts der israelischen Militäroffensive im Gaza-Streifen beraten beide über einen Ausweg aus der Krise. Sarkozy fordert einen sofortigen Waffenstillstand, um die Versorgungslage der Bevölkerung des Gaza-Streifens sicherstellen zu können, was Livni ablehnt und eine Einstellung des Raketenbeschusses Israels durch die Hamas zur Voraussetzung für einen Waffenstillstand macht.

2.1. Justizministerin Rachida Dati bringt in einer Pariser Klinik eine Tochter zur Welt. Die Schwangerschaft der Ministerin hatte für Aufsehen gesorgt, da sie den Namen des Vaters nicht bekannt geben will und Gerüchte über die mögliche Vaterschaft einzelner Politiker und anderer Vertreter des öffentlichen Lebens aufgekomen waren. Dati kündigt an, bereits nach wenigen Wochen ihre Arbeit im Ministerium wieder aufnehmen zu wollen.

5.1. Staatspräsident Sarkozy beginnt eine Reise durch den Nahen Osten, in deren Rahmen er vier Staaten sowie das Westjordanland besuchen wird. Zunächst trifft er mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak zusammen, mit dem er gemeinsam den Vorsitz der Union für das Mittelmeer innehat, um im Anschluss mit Vertretern Israels, Syriens, des Libanon und der Palästinensischen Autonomiebehörde zusammenzukommen. Zentrales Ziel der Gespräche ist dabei die Aushandlung eines Waffenstillstandes zwischen Israel und der Hamas. Zur selben Zeit hält sich auch eine Delegation der EU

mit dem tschechischen Außenminister Karel Schwarzenberg in der Region auf. Tschechien hatte am 1. Januar von Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.

5.1. Mit dem heutigen Tag tritt das Werbeverbot für die öffentlich-rechtlichen Sender in der Sendezeit zwischen 20 und 6 Uhr in Kraft. Aufgrund der fehlenden Werbeeinnahmen sind die öffentlich-rechtlichen Sender nun stärker auf Staatsmittel angewiesen. Zur Finanzierung wird eine Neuregelung der Besteuerung, darunter beispielsweise eine Internetsteuer, in Erwägung gezogen. Kritiker befürchten eine verstärkte Einflussnahme des Staates auf die Programmgestaltung der Sender. Kritik löst zudem aus, dass der Senat bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht darüber debattiert hatte.

7.1. Staatspräsident Sarkozy stellt in einer Rede vor dem Kassationsgericht Details einer geplanten Justizreform vor, nach der das Amt des unabhängigen Untersuchungsrichters abgeschafft und die Verantwortlichkeit für die Ermittlung und Anklageerhebung auf die Staatsanwaltschaft übertragen werden soll. Kritiker befürchten eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Gerichte und eine verstärkte politische Einflussnahme auf Verfahren, da die Staatsanwaltschaft direkt dem Justizministerium untersteht. Anlass für die Reform waren unter anderem mehrere Justizskandale in jüngster Zeit gewesen, die auf Irrtümer der Untersuchungsrichter zurückzuführen waren. Teile der Befugnisse der Untersuchungsrichter waren bereits durch eine Reform im Jahr 2001 an einen Haftrichter übertragen worden.

* Zusammengestellt von Katrin Sold, Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

7.1. Bei einem Treffen im Rahmen einer von Staatspräsident Sarkozy und dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair initiierten Gesprächsreihe unter dem Motto „*Neue Welt, neuer Kapitalismus*“ in Paris diskutieren Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel gemeinsame Grundlinien zur Reform der internationalen Finanzarchitektur. Diese soll auch Thema des G20-Gipfels sein, der im April stattfinden wird. Beide Staatshäupter betonen dabei die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit der europäischen Staaten.

8.1. Der bekannte Konditor und Pâtissier Gaston Lenôtre stirbt im Alter von 88 Jahren. Der für seine Feinbäckerei bekannte Sohn eines Kochs hatte am Ende seines Lebens eine Unternehmensgruppe mit über 50 Filialen in verschiedenen Ländern, darunter den USA, Saudi-Arabien und Japan, vorgestanden. Staatspräsident Sarkozy rühmt Lenôtre als einen der größten Meister seines Fachs.

11.1. Im Alter von 74 Jahren stirbt der Schauspieler, Regisseur, Drehbuchautor und Produzent Claude Berri. Er hatte im Jahr 1962 einen Oscar für seinen Kurzfilm *Le Poulet* gewonnen und war danach mit Filmen wie *Germinal* und *Zusammen ist man weniger allein* berühmt geworden. Sein größter Erfolg ist die Komödie *Willkommen bei den Scht'is*, die im Jahr 2008 über 20 Millionen Zuschauer angezogen hatte.

12.1. Nach monatelangen Verhandlungen stimmt der Verwaltungsrat der italienischen Fluggesellschaft *Alitalia* einem Einstieg der französisch-niederländischen Fluggesellschaft *Air France-KLM* in das Unternehmen zu, die nun für etwa 320 Millionen Euro 25 % an *Alitalia* übernehmen wird. Die angeschlagene italienische Fluggesellschaft, die im August 2008 Insolvenz angemeldet hatte, war von einer Investorengruppe übernommen worden, welche die Sanierung des Unternehmens eingeleitet hatte. Der Verwaltungsrat von *Air France-KLM* hatte dem Geschäft bereits am 9. Januar zugestimmt.

12.1. Staatspräsident Sarkozy kündigt die Erweiterung des Aufgabenfeldes des Hohen Kommissars für Solidarität und Armutsbekämpfung, Martin Hirsch, um den Bereich Jugend an, der bisher in der Verantwortlichkeit des Staatssekretärs für Sport und Jugend,

Bernard Laporte, gelegen hatte. Er reagiert damit nicht zuletzt auf Proteste von Schülern gegen eine von Bildungsminister Darcos geplante Reform des *Lycées*. Die teilweise gewalttätigen Proteste drückten, so Sarkozy, einen Unmut der Jugend aus, dessen sich die Politik annehmen müsse. Aufgrund der Kritik von Schülerseite war die Reform verschoben worden; Sarkozy kündigt jedoch eine Wiederaufnahme des Reformprozesses an.

15.1. Im Rahmen einer seit längerer Zeit angekündigten Kabinettsumbildung übernimmt Brice Hortefeux das Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie von Xavier Bertrand, der an die Spitze der Regierungspartei UMP wechselt. Das bisher von Hortefeux geführte Ministerium für Immigration übernimmt der ehemalige Politiker des *Parti socialiste* (PS) Eric Besson.

16.1. Nach einem Treffen zwischen Staatspräsident Sarkozy und dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter, dem Dalai Lama, am Rande eines Gipfeltreffens im polnischen Gdansk (Danzig) im Dezember 2008 sind die Beziehungen zwischen China und Frankreich weiterhin getrübt. Der chinesische Ministerpräsident kündigt eine Ende Januar beginnende Reise durch Europa an, in deren Rahmen er die Schweiz, Deutschland, Belgien, Spanien und Großbritannien, nicht aber Frankreich besuchen wird.

18.1. Im ägyptischen Scharm el-Scheich trifft Staatspräsident Sarkozy mit Bundeskanzlerin Merkel, dem britischen Premierminister Brown, dem UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, Palästinenserpräsident Abbas sowie Vertretern aus Spanien, Italien, Tschechien und der Türkei zu einem Krisengipfel zusammen, zu dem der ägyptische Präsident Mubarak anlässlich des Gaza-Krieges eingeladen hatte. Im Zentrum der Gespräche stehen eine Stabilisierung der in der vorangegangenen Nacht vereinbarten einseitigen Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas sowie die humanitäre Versorgung der Bevölkerung im Gaza-Streifen. Sarkozy kündigt eine baldige internationale Konferenz zur Zukunft des Nahost-Friedensprozesses in Paris an.

20.1. Nach einem Treffen mit Staatspräsident Sarkozy im Elysée-Palast kündigen die Manager mehrerer Banken, darunter *Crédit Agricole*, *Société Générale* und *Crédit Mutuel* ihren Verzicht auf Bonuszahlungen für das Jahr 2008 an. Manager der Bank *BNP Paribas* hat-

ten schon vor dem Treffen ihren Verzicht auf den Jahresbonus angekündigt. Die Regierung kündigt daraufhin weitere Hilfen für die angeschlagenen Banken in Höhe von etwa 10,5 Milliarden Euro an. Im Gegenzug verpflichten sich die Finanzhäuser, mehr Kredite zu vergeben.

21.1. Im Rahmen der Debatte um eine Reform der parlamentarischen Arbeit kommt es in der Nationalversammlung zu einem Eklat. Im Zentrum der Diskussion hatte die Reform des Artikels 13 gestanden, der vorsehen soll, dass Anträge auf Gesetzesänderungen von Parlamentariern künftig auch ohne Debatte zur Abstimmung gebracht werden dürfen. Kritiker sehen darin eine Einschränkung der Redefreiheit der Abgeordneten vor dem Parlament. Aus Protest singen die Abgeordneten des PS die Nationalhymne, bevor sie den Saal verlassen. Mit den Stimmen der Regierungspartei UMP wird der Änderungsantrag verabschiedet.

22.1. Nach längeren Verhandlungen akzeptiert Justizministerin Rachida Dati auf Drängen von Staatspräsident Sarkozy den zweiten Platz der Wahlliste der Regierungspartei UMP für die Wahlen zum Europäischen Parlament in der Region Ile-de-France. Sie wird dafür ihr Ministeramt aufgeben. Den Spitzenplatz der Liste hat Landwirtschaftsminister Michel Barnier inne. Dati war als Justizministerin im Zusammenhang mit der geplanten Justizreform, welche die Schließung etlicher Gerichte vorsieht, immer wieder in die Kritik geraten.

23.1. Staatspräsident Sarkozy kündigt eine Unterstützung in Höhe von 600 Millionen Euro im Lauf von drei Jahren für die Printmedien in Frankreich an. Im Gegenzug sind grundlegende strukturelle Veränderungen vorgesehen. Diese gehen in weiten Teilen auf ein von den seit drei Monaten tagenden „Generalständen der Presse“ vorgelegtes Grünbuch zurück. So sollen unter anderem die Druckkosten gesenkt und der Vertrieb gestärkt werden. Um verstärkt junge Leser an die Printmedien heranzuführen, erhält jeder Jugendliche unter 18 Jahren künftig ein Zeitungsabonnement seiner Wahl.

23.1. Beim stärksten Orkan seit etwa 15 Jahren sterben in Frankreich und Spanien mehrere Menschen. Mehrere Millionen Bewohner Nordspaniens und der Mittelmeerküste sind zeitweise ohne Strom, die Telefon- und Mobilfunknetze brechen zusammen. In Bordeaux und

Toulouse werden die Flughäfen vorübergehend gesperrt und in einigen Regionen gilt der Notstand.

26.1. Der Aufsichtsrat des deutschen Unternehmens Siemens beschließt einen Ausstieg des Konzerns aus einem Joint-Venture-Vertrag mit dem französischen Atomkonzern Areva. Siemens hält seit 2001 34 % der Anteile an Areva. Der Vertrag umfasst den Bau von Reaktoren und Kernkrafttechnik. Als Grund für den Ausstieg werden mangelnde Möglichkeiten unternehmerischer Einflussnahme durch Siemens aufgrund der Stellung als Minderheitsaktionär genannt. Die Chefin des Areva-Konzerns Anne Lauvergeon fordert nach Bekanntgabe des Ausstiegs eine Kapitalerhöhung durch den französischen Staat, der Hauptaktionär bei Areva ist.

29.1. Insgesamt acht der größten Gewerkschaften rufen die Arbeitnehmer zu einem Generalstreik auf, um gegen die geplanten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu demonstrieren, welche die Gewerkschaften als unausgewogen und unzureichend für die Arbeitnehmer kritisieren. In über 200 Städten kommen mehr als eine Million Menschen zu Demonstrationen zusammen, insbesondere der öffentliche Dienst, Nahverkehr, Krankenhäuser und Schulen sind vom Streik betroffen. Staatspräsident Sarkozy äußert Verständnis für die Proteste und kündigt ein Treffen mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern im Februar an.

Februar

1.2. Zehn Tage nach Beginn von Unruhen auf Guadaloupe landet der Staatssekretär für die Überseegebiete Yves Jégo auf der Insel. Am 20. Januar war auf der gesamten Insel ein Generalstreik ausgerufen worden, um gegen die hohen Lebensunterhaltungskosten zu protestieren. Organisiert wird der Streik vom „Kollektiv gegen die Ausbeutung“, *Liyannaj Kont Poufityasyon* (LKP), dem die meisten Gewerkschaften, politischen Parteien und Verbände angehören.

2.2. Premierminister François Fillon stellt in Lyon das 26 Milliarden Euro schwere Konjunkturpaket der französischen Regierung vor. Die Investitionssumme soll in 1 000 ausgewählte Projekte aus den Bereichen For-

schung, Kulturerbe, Verteidigung, Infrastruktur und Wohnungsbau fließen. Unternehmen mit Staatsbeteiligung wie EDF, GDF *Suez*, RATP, SNCF und *La Poste* werden dazu angehalten, ihre Investitionen für das Jahr 2009 um vier Milliarden Euro aufzustocken. Die Regierung erhofft sich davon die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Verbesserung des Wirtschaftswachstums um 1,3 Punkte.

3.2. Der französische Stromanbieter EDF und der Atomkonzern Areva schließen einen weitreichenden Vertrag zur Urananreicherung ab. Der Auftrag von EDF umfasst über fünf Milliarden Euro und hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Die neue Zentrifugenanreicherungsanlage Georges-Besse II im südfranzösischen Tricastin, die Areva seit dem Jahr 2006 für insgesamt drei Milliarden Euro errichten lässt und die noch 2009 in Betrieb gehen soll, wird die künftigen Uranlieferungen gewährleisten.

5.2. Staatspräsident Sarkozy erörtert am Abend in einem 95-minütigen Fernsehinterview aus dem Elysée-Palast die bevorstehenden oder bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Besondere Schwerpunkte liegen dabei auf der Verteidigung des Bankenrettungsplans von über 300 Milliarden Euro, dem Konjunkturpaket zur Sicherung der inländischen Arbeitsplätze und den Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft. Die Maßnahmen werden außerdem im Mittelpunkt der Diskussion bei einem Gespräch zwischen Staatspräsident Sarkozy und den Gewerkschaften am 18. Februar stehen.

5.2. Der Minister für Immigration Eric Besson unterzeichnet in Paris einen ministeriellen Runderlass, nach dem illegale Einwanderer im Gegenzug für das Anzeigen ihrer Schieber- und Schlepperbanden eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten sollen.

5.2. Außenminister Bernard Kouchner reist zu seinem ersten Treffen mit der US-Außenministerin Hillary Clinton nach Washington. Im Zentrum steht der Austausch von Standpunkten in Bezug auf internationale Konflikte, darunter insbesondere Iran, Afghanistan und der Nahostkonflikt. Kouchner bewertet den Besuch als wichtigen Schritt zur Neubegründung der französisch-amerikanischen Beziehungen.

7.2. Während der Münchner Sicherheitskonferenz heben Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel die Bedeutung der Nordatlantischen Allianz im Prozess internationaler Konfliktlösung hervor und verurteilen mögliche Alleingänge der USA. Anlässlich der Konferenz und der bevorstehenden Reintegration Frankreichs in die NATO unterstreicht Sarkozy die deutsch-französische Freundschaft und verkündet die Stationierung von 600 bis 700 deutschen Soldaten der deutsch-französischen Brigade in Schiltigheim nahe Straßburg. Es ist das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass ein deutsches Bataillon auf französischen Boden stationiert sein wird.

9.2. Staatspräsident Sarkozy kündigt sechs Milliarden Euro Hilfe für die französische Automobilindustrie an. Das Fünfjahresdarlehen mit einem Zinswert von 6–7 % im Vergleich zum marktüblichen Zins von 11–12 % kommt den Autobauern *Renault* und *PSA Peugeot Citroën* zugute. Im Gegenzug verpflichten sich die Konzerne, in Frankreich keine Stellen abzubauen und keine Werke zu schließen. Dieses Vorhaben ruft bei anderen europäischen Staaten und der Europäischen Union Proteste und Warnungen vor Protektionismus hervor.

10.2. Im Rahmen einer Reise in die Golfstaaten macht Staatspräsident Sarkozy einen Überraschungsbesuch in Bagdad. Im Gespräch mit Präsident Ralabani und Ministerpräsident Nuri al-Maliki verspricht Sarkozy Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes und stellt französische Waffenlieferungen in Aussicht. Es ist das erste Mal seit dem Irak-Krieg 2003, dass ein französischer Präsident irakischen Boden betritt. Mit diesem symbolischen Staatsbesuch fordert der französische Staatschef auch die anderen europäischen Staaten zu mehr Engagement im Irak auf.

10.2. Mehrere zehntausend Studenten, Lehrkräfte und Forscher demonstrieren in ganz Frankreich gegen die geplanten Hochschulreformen. Damit erreichen die Protestmärsche, die seit der Rede von Staatspräsident Sarkozy über die „mittelmäßige“ Forschungsqualität in Frankreich am 22. Januar stetig zugenommen hatten, einen Höhepunkt. In der Kritik stehen vor allem die neuen Evaluierungsmaßnahmen zur Arbeit von Lehrkräften und Forschern. Gegner befürchten eine Einschränkung der Forschungsfreiheit. Weitere Kritikpunkte sind die Neuregelungen zur Ausbildung der

Lehrkräfte und der geplante Abbau von Arbeitsplätzen im Bildungsbereich.

12.2. Die beiden Demonstrationssatelliten Spirale A und B werden mit dem Ariane-5-Flug V-187 in den Weltraum befördert, wo sie während der nächsten 14 Monate Infrarotbilder der Erde aufzeichnen sollen, um so Aufschlüsse über Licht- und Wärmeabgaben von Raketen zu geben. Die beiden Mikrosatelliten gehören zur Vorbereitung eines Programms der französischen Rüstungsbeschaffungsbehörde DGA (*Délégation Générale pour l'Armement*) zum Aufbau eines Raketen-Frühwarn-Systems, das für das Jahr 2016 geplant ist. Dieses optische, satellitengestützte System soll der frühzeitigen Erkennung von ballistischen Raketen dienen.

12.2. Der Minister für Immigration Besson unterzeichnet einen ministeriellen Runderlass, der die Integration von Zuwanderern bereits im Heimatland fördern soll. Familienmitglieder, die sich um ein mindestens dreimonatiges Visum bemühen, müssen zuvor einen Test zur Ermittlung der Sprachkenntnisse im Französischen und der Kenntnisse der republikanischen Werte ablegen.

16.2. Bruno Le Maire, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, und Patrick Devedjian, zuständiger Minister beim Premierminister für die Umsetzung des Plans zur Ankurbelung der Wirtschaft, besuchen im Rahmen einer zweitägigen Reise London, Berlin, Prag und Rom. Nachdem die sechs Milliarden Euro Unterstützung für die französische Automobilindustrie für heftige Kritik bei anderen europäischen Staaten gesorgt hatte, möchte die französische Regierung ihre Partner davon überzeugen, dass Frankreich keinen protektionistischen Bestrebungen nachgeht, sondern für ein gemeinsames europäisches Konjunkturprogramm wirbt.

18.2. Die Europäische Kommission leitet gegen Frankreich und weitere fünf EU-Mitgliedstaaten ein Defizitverfahren ein, da deren Nettoneuverschuldung im Jahr 2008 mit 3,2 % über der vom Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union vorgegebenen Drei-Prozent-Marke liegt. Zudem hatte Haushaltsminister Eric Woerth bereits am Vortag erklärt, dass das Staatsdefizit im Jahr 2009 die bisher angekündigten 4,4 % überschreiten werde.

18.2. Staatspräsident Sarkozy lädt die fünf größten Gewerkschaften und die drei wichtigsten Arbeitgeberverbände zu einem Sozialgipfel in den Elysée-Palast ein. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen dabei Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Stärkung der Kaufkraft und damit zur Stabilisierung der Nachfrage. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 2,6 Milliarden Euro sollen durch die Zinszahlungen, die dem Staat aus den gewährten Krediten an die Banken zufallen, finanziert werden. Die Gewerkschaften bewerten die Ergebnisse des Sozialgipfels als nicht ausreichend und rufen zu einem Generalstreik am 19. März auf.

19.2. Nach einem Treffen mit Vertretern aus den vier Übersee-Départements Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique und Réunion sagt Staatspräsident Sarkozy den Départements finanzielle Unterstützung in Höhe von 580 Millionen Euro zu, wovon 280 Millionen Euro den Empfängern der Sozialhilfe *Revenu de solidarité active* (RSA) zukommen sollen. Seit den zunehmenden Unruhen auf Guadeloupe Ende Januar ist dies die erste Stellungnahme des Staatsoberhauptes zur Krise in den Überseegebieten.

19.2. Ein Tag vor Beginn der jährlich stattfindenden Landwirtschaftsausstellung stellt Staatspräsident Sarkozy die großen Leitlinien der französischen Agrarpolitik bis zum Jahr 2013 dar. Als Vorbereitung für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU, die 2013 in Kraft treten soll, möchte er auf nationaler Ebene durch eine neue Gesetzeslage die Modernisierung der Landwirtschaft und des Nahrungsmittelsektors vorantreiben und auf europäischem Niveau durch den Einsatz eines Expertenteams zur Stärkung gemeinsamer Entscheidungen beitragen.

21.2. Die beiden Vorstandscheffe der Finanzhäuser *Caisse d'Épargne* und *Banque Populaire* Bernard Comollet und Philippe Dupont einigen sich im Beisein von Staatspräsident Sarkozy auf Bedingungen für eine Fusion der beiden Institute. Durch die für den 1. Juli geplante Fusion entsteht die zweitgrößte französische Privatkundenbank nach dem *Crédit Agricole*. Den Vorsitz des neuen Bankhauses übernimmt der bisherige Vizestabschef von Präsident Sarkozy, François Pérol. Durch den Erwerb von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht in Höhe von 2,5 Milliarden Euro und Investitio-

nen von ebenfalls bis zu 2,5 Milliarden könnte der französische Staat einen Anteil von rund 20 % am neuen Finanzinstitut erlangen.

22.2. Im Rahmen der Vorbereitungen des Londoner G20-Gipfels am 2. April trifft Staatspräsident Sarkozy auf Einladung von Bundeskanzlerin Merkel in Berlin mit Vertretern der übrigen EU-Mitgliedstaaten zusammen. Die Teilnehmer des Treffens sollen sich auf gemeinsame Positionen zu einer Reform der Weltwirtschaftsordnung einigen. Dabei werden sieben Prioritäten ermittelt, darunter die Stärkung des Internationalen Währungsfonds, eine verstärkte Überwachung der Marktteilnehmer, insbesondere der Hedgefonds, und die Austrocknung von Steueroasen.

23.2. Über drei Tage findet im *Grand Palais* in Paris eine Auktion durch das Auktionshaus *Christie's* statt, bei der mehr als 700 Objekte aus der Kunstsammlung des im Juni 2008 verstorbenen Modeschöpfers Yves Saint Laurent und seines Lebensgefährten Pierre Bergé versteigert werden. Der Gesamterlös der Auktion wird auf über 300 Millionen Euro geschätzt.

24.2. Im Rahmen eines Treffens in Rom unterzeichnen Staatspräsident Sarkozy und der italienische Premierminister Berlusconi eine Vereinbarung über eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder im Bereich der Kernenergie. Italien ist Europas größter Stromimporteur und war vor mehr als 20 Jahren aus der Atomenergie ausgestiegen. Gleichzeitig unterzeichnen der italienische Stromerzeuger *Enel SpA* und der französische Stromlieferant EDF ein Partnerschaftsabkommen, das den Bau von vier Kernkraftwerken in Italien vorsieht.

25.2. Nach einem Treffen mit der Ministerin für Hochschulwesen und Forschung Valérie Pécresse und Vertretern der Hochschulen gibt Premierminister Fillon bekannt, dass in den Jahren 2010/2011 keine Arbeitsstellen im Hochschulwesen gestrichen werden sollen.

27.2. Frankreich und Spanien unterzeichnen ein Abkommen über den Bau zweier Meeresautobahnen, die noch 2009 fertig gestellt werden sollen. Da auf diesem Wege 100 000 Fernlastzüge pro Jahr auf dem Seeweg transportiert werden können, wird der Verkehr in den Pyrenäen reduziert. Die erste Strecke soll von Nantes-Saint-Nazaire bis nach Gijon in Nordspanien reichen, die zweite verbindet Nantes und Le Havre mit Vigo.

Im Ruhestand

Françoise Potier ist am 1. März 2009 in den wohlverdienten Ruhestand gegangen. Insgesamt 33 Jahre arbeitete sie in der Redaktion unserer vor 64 Jahren gegründeten Partnerzeitschrift *Documents* in Paris. Die Publikation hatte sie bereits im Rahmen ihres Germanistikstudiums in Limoges kennengelernt. Sie studierte anschließend auch Kunst (*Arts déco*) und absolvierte noch eine kaufmännische Ausbildung – beide Bereiche konnte sie gut bei der Zeitschrift miteinbringen, als sie 1976 am Sitz des *Bureau International de Liaison et de Documentation* (B.I.L.D.) in der *Rue de Laborde* anfang. Françoise Potier versteht es, mit der französischen Sprache umzugehen, sie mag schön formulierte Sätze, ihre Liebe zum Detail ist sprichwörtlich und ihre persönlichen Kontakte zu Autoren und Lesern haben ihr geholfen, im Laufe der Jahre manche Probleme zu meistern. Ob es um Technik oder Finanzen geht, um Grammatik oder Vokabular – Françoise Potier findet immer die richtigen Worte, um die von ihr vorgeschlagenen Lösungen um- und durchzusetzen. Sie wird für ihre Ideen und Konzepte geschätzt, durch ihre Offenheit kommt sie auch mit manchmal wählerischen Autoren gut zurecht. Bei einem Empfang in den Räumen des B.I.L.D. in Paris wurde ihre langjährige Arbeit gewürdigt. Die Redaktionen von *Documents* und *Dokumente* wünschen ihr einen angenehmen Ruhestand an der Atlantikküste.

G.F.